

Das Wissen

## **Was hilft gegen Rechtsextremismus? – Wie Zivilgesellschaft funktioniert**

Von Pia Masurczak

Sendung vom: Mittwoch, 31. Juli 2024, 8.30 Uhr

Redaktion: Martin Gramlich

Regie: Martin Gramlich

Produktion: SWR 2024

**Im Umgang mit Rechtsextremismus wird oft gefordert, die Zivilgesellschaft zu stärken. Dafür braucht es langfristige Förderung und unbürokratische Unterstützung vor Ort.**

SWR Kultur können Sie auch im **Webradio** unter [swrkultur.de](https://www.swr.de/swrkultur.de) und auf Mobilgeräten in der **SWR Kultur App** hören – oder als **Podcast** nachhören.

---

### **Bitte beachten Sie:**

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

---

### **Die SWR Kultur App für Android und iOS**

Hören Sie das Programm von SWR Kultur, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR Kultur App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...

Kostenlos herunterladen: <https://www.swr.de/swrkultur/swrkultur-radioapp-100.html>

## **MANUSKRIPT**

### **O-Ton 01 Tagesschau:**

In ganz Deutschland protestieren Menschen heute wieder gegen Rechtsextremismus. Auslöser waren Berichte über ein geheimes Treffen von Rechtsextremen und AfD-Vertretern.

### **Sprecherin:**

Anfang des Jahres 2024 ist der Schreck über rechtsextreme Vertreibungspläne groß. So groß, dass auch die sogenannte bürgerliche Mitte auf die Straße geht. Selbst in kleinen Gemeinden und in Hochburgen der AfD. Genau diese Menschen müsse man stärken. Das ist das Mantra, das seit Jahren wiederholt wird, nach jedem Umfragehoch und Wahlerfolg der AfD, vor allem in Ostdeutschland. Die Frage ist: Wie?

### **Ansage:**

Was hilft gegen Rechtsextremismus? – Wie Zivilgesellschaft funktioniert. Von Pia Masurczak.

## **Atmo 01 Demo Mägerkingen**

### **Sprecherin:**

Es ist kalt in Mägerkingen auf der Schwäbischen Alb, an diesem Freitagabend im Frühjahr 2024. Und nass. Trotzdem haben sich zweihundert Menschen versammelt, dick eingepackt in Regenjacken und Winterschuhen. Zur Demonstration: für Demokratie und gegen Rechtsextremismus. Bürgermeisterin Katja Fischer von der SPD.

### **O-Ton 02 Katja Fischer, Bürgermeisterin:**

So, nachdem wir jetzt alle gut durchgeweicht sind, darf ich Sie jetzt auch noch beglücken. Ich bin sehr beeindruckt, dass so viele dem Aufruf gefolgt sind. Und ich verliere nicht den Mut. (Applaus)

### **Sprecherin:**

So eine Kundgebung gibt es in dem 1200-Einwohner-Ort zwischen Reutlingen und Sigmaringen nicht alle Tage. Ausgerüstet sind sie trotzdem: „Nie wieder ist jetzt“, „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ und „Liberté, Egalité, Fuck AfD“ steht auf den mitgebrachten Schildern. Und textsicher sind sie auch, als der Anmelder der Demonstration, Peter Minni, zum Singen aufruft:

## **Atmo 02 Demo Mägerkingen “Die Gedanken sind frei“**

### **Sprecherin:**

Der Anlass: Keine dreihundert Meter entfernt, in der Festhalle, veranstaltet der AfD-Kreisverband Reutlingen einen Bürgerdialog zum Thema Windkraft. Auf den ersten Blick ein unverfängliches Thema. Aber eines, mit dem sich auf der Schwäbischen Alb Stimmung machen lässt – gegen „die da oben“ und gegen demokratische Verfahren allgemein. Eingeladen ist auch der Bundestagsabgeordnete und AfD-Parteivorsitzende für Baden-Württemberg, Markus Frohnmaier. Der ist weniger für seine Expertise beim Thema Windenergie bekannt als vielmehr für offen

rechtsextreme und rassistische Aussagen. Pfarrerin Bärbel Danner spricht in ihrer Rede die typische AfD-Rhetorik an.

**O-Ton 03 Bärbel Danner, Pfarrerin:**

Wer es ernst meint mit dieser Verantwortung, der redet nicht nur darüber, sondern lebt sie. Beteiligt sich, mischt sich ein. Wenn dann bei geheimen Treffen ethnische Säuberungen gefordert werden und die Demokratie und die Grundrechte mit Füßen getreten werden. Oder wenn zu einem Bürgerdialog eingeladen wird, der eigentlich keiner ist. Es geht darum, Menschen Angst zu machen, es geht um Stimmungsmache, möglichst populistisch, möglichst rechtsextrem. Wir versammeln uns heute deshalb, weil wir nicht schweigen wollen, wenn hier Politiker der AfD auftreten und Wahlwerbung für ihre Partei machen.

**Sprecherin:**

Es ist die sogenannte Zivilgesellschaft, die hier in Mägerkingen auf die Straße geht. Ein schwammiger Begriff, der aber im Zusammenhang mit dem Rechtsruck häufig beschworen wird. Ihn zu definieren gleiche dem Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln, sagt der Politikwissenschaftler Matthias Freise.

**O-Ton 04 Matthias Freise, Politikwissenschaftler:**

Aber wenn ich das machen sollte, dann würde ich sagen, Zivilgesellschaft ist eine vorpolitische Sphäre, in die sich die Menschen aus dem Privaten begeben, um ihre Angelegenheiten auszuhandeln, miteinander zu streiten. Aber eben auf eine sehr spezifische Art und Weise, nämlich eine zivile. Und Streit ist ja nun ein ganz wesentliches Element von Demokratien, weshalb Zivilgesellschaft auch so wichtig ist.

**Sprecherin:**

Deutschland ist ein Vereinsland und Initiativenland. Mehr als 600.000 eingetragene Vereine gibt es bundesweit, dazu Tausende Bürgerinitiativen. Aber: Überall bröckeln die großen, milieugebundenen Organisationen wie Parteien, Kirchengemeinden, Sportvereine. Politikwissenschaftler Freise, der an der Uni Münster zu bürgerschaftlichem Engagement forscht, beobachtet das mit Sorge – denn damit gerate die Zivilgesellschaft als Ganzes unter Druck.

**O-Ton 05 Matthias Freise:**

Ein Sportverein ist elementar, vor allem auf dem Land. Da braucht es eben Menschen, die diese Aufgaben übernehmen. Dasselbe gilt für Kirchengemeinden, gar nicht mal in religiöser Hinsicht, sondern vor allem im Hinblick auf die Frage: Was machen denn diese Organisationen mit ihren Mitgliedern? Nämlich sie machen sie zu politisch mündigen Bürgern.

**Sprecherin:**

Steigende Zustimmungswerte für die AfD und rechtsextreme Positionen, während gleichzeitig wichtige Säulen der Zivilgesellschaft ins Wanken geraten: Die Bedingungen für Engagement gegen Rechtsextremismus sind gerade schwierig, auch wenn die Großdemonstrationen Anfang des Jahres für viele Aktive ein Aufatmen waren. Doch wenn das Thema wieder aus den Nachrichten verschwunden ist, was dann? Die Psychologin Judith Mangelsdorf sagt: Die erste Empörung ist eine wichtige Triebfeder.

**O-Ton 06 Judith Mangelsdorf, Psychologin:**

Im Allgemeinen entsteht das, was wir als ziviles Engagement beschreiben, gerade dann, wenn es so etwas wie einen auslösenden Moment gibt. Das heißt also, so etwas wie ein Gewahrsein für politische oder gesellschaftliche Missstände, was meistens durch persönliche Erfahrung ausgelöst wird. Und der zweite notwendige Schritt ist das Gefühl, dass ich etwas beitragen kann und will.

**Sprecherin:**

Mangelsdorf untersucht an der Berliner Hochschule für Gesundheit und Sport die psychologischen Mechanismen hinter Engagement. Die Aufregung über die AfD-Veranstaltung in Mägerkingen ist ein ganz typisches Beispiel für so einen ersten Impuls. Doch es braucht mehr, sagt die Psychologin.

**O-Ton 07 Judith Mangelsdorf:**

Wenn es um die langfristigen Prozesse geht, dann sprechen wir in der Psychologie gern von Bedeutsamkeit und Zugehörigkeit. Das heißt Bedeutsamkeit, dem Gefühl von „Ich kann hier einen Unterschied machen, ich werde gehört und gesehen, in dem was ich tue.“ Wenn ich auf die Straße gehe und sehe, dass die Politiker:innen danach ausrichten, dann verstärkt das mein Engagement. Und das zweite, was wichtig ist zu verstehen, ist das Thema Zugehörigkeit. Das heißt, habe ich eine Gruppe, mit der ich das gemeinsam machen kann, fühle ich mich auch der Initiative zugehörig und habe ich das Gefühl, sozial und menschlich willkommen zu sein. Und für langfristige Prozesse brauche ich immer beides.

**Sprecherin:**

Auch wenn die psychologischen Mechanismen für langfristiges Engagement klar sind: Der erste Enthusiasmus trifft oft auf eine frustrierende Realität. Dreißig Kilometer weiter, in Albstadt lässt sich beobachten, mit welchen Problemen Initiativen gegen Rechtsextremismus kämpfen.

Im Herbst 2023 besetzt eine kleine Gruppe kurzzeitig eine Turnhalle in Albstadt. Eine Aktion des schwäbischen Ablegers der rechtsextremen Identitären Bewegung, die sogenannte Reconquista 21. Nils Maute engagiert sich vor Ort gegen Rechtsextremismus, für ihn kam die Aktion nicht überraschend.

**O-Ton 08 Nils Maute, Aktivist:**

Der Auslöser war, dass Flüchtlinge hierherkommen sollten. Die Verwaltung brauchte Lösungen. Und eine der Lösungen war, die Kreissporthalle für Flüchtlinge genutzt wird. Da gab's massive Proteste. Aus dieser Corona-Leugner-Bewegung in Albstadt hat sich dann eine große Anti-Flüchtlingsbewegung gebildet. Und dann gab's auf dieser Kreissporthalle, wo das hätte passieren sollen, einen Anschlag von der Identitären Bewegung mit Rauchbomben und Banner, während des Sportunterrichts.

**Sprecherin:**

Auf ihren Social Media-Accounts feiert Reconquista 21 sich selbst. Ein Video zeigt verummte junge Männer auf dem Dach der Sporthalle, ein paar rote Rauchbomben und zum Schluss stoßen alle mit einem Bier an. Auf den ersten Blick

keine klassisch rechtsextreme Ästhetik. Der Verfassungsschutz Baden-Württemberg ordnet die Gruppe aber genau dort ein, weiß auch Nils Maute.

**O-Ton 09 Nils Maute:**

Und das war dann so ein bisschen der Auslöser, dass wir gesagt haben: Okay, wir müssen da was tun.

**Sprecherin:**

Etwas machen, für Maute und andere heißt das vor allem Bildungsarbeit. Ein halbes Jahr später plant er mit anderen Vorträge zu einer nahen NS-Gedenkstätte, einen Abend mit einer jungen Frau, die von Rechtsextremen angegriffen wurde oder eine Veranstaltung zum historischen Generalstreik gegen Hitlers Machtübernahme im nahen Mössingen. Doch von der Kommune fühlten sie sich ziemlich allein gelassen, sagt Mautes Mitstreiter, der Sozialarbeiter Peter Demmer.

**O-Ton 10 Peter Demmer, Sozialarbeiter:**

Ich möchte einen kleinen Teilbereich betrachten, das ist die Werbung für unsere Gedenkstätten-Veranstaltung. Wir haben hier eine Stele, eine große Videowand. Und wir haben dafür ein Share-Pic, also ein Bildchen wo drauf steht wann es ist, wo es ist und dass es keinen Eintritt kostet. Jedem Verein hier in Albstadt steht es zu, auf dieser Stele veröffentlicht zu werden. Nur uns offenbar nicht. Da steht man dann halt da und sagt, wenn eine Kommune schon dagegen was hat, dann hat man wenig Möglichkeiten, weitere Unterstützung zu bekommen.

**Sprecherin:**

So kurz vor der Kommunalwahl dürfe sie keine politischen Initiativen fördern, argumentiert die Stadt. Nils Maute und Peter Demmer reicht diese Antwort nicht. Demokratiewerk, Extremismusprävention – dafür müssten doch immer Ressourcen zur Verfügung stehen. Es gehe dabei ja nicht mal um große Summen.

**O-Ton 11 Nils Maute:**

Wenn man eine Kundgebung macht, wenn man eine Podiumsdiskussion macht, sowas wie Mikrofone, wo kriegst du die her? Das sind erstmal diese materiellen Ressourcen, um ein bestimmtes Projekt was umzusetzen. Da die Personen zu kennen, die sowas haben oder auch Stellen zu kennen, die dir das zur Verfügung stellen und das ohne großen Antrag.

**Sprecherin:**

Der Frust ist bei Nils Maute und Peter Demmer deutlich spürbar. Sie selbst kostet dieses Engagement viel Zeit und Arbeit und an vielen Orten braucht es dafür auch Mut, insbesondere in Ostdeutschland. Was Initiativen wie in Albstadt sich wünschen, kostet dagegen erst einmal nicht viel: ernstnehmen, Rücken freihalten und einfach mal machen lassen.

Aber es sind nicht nur träge oder desinteressierte Behörden. Schwierig wird die Arbeit auch dann, wenn ‚die Zivilgesellschaft‘ in ihrer ganzen Breite zusammenkommen soll. Psychologin Judith Mangelsdorf betont: Es braucht eine gemeinsame Grundlage und das Gefühl, willkommen zu sein, um stabile Bündnisse auf die Beine zu stellen. Bei den Großdemonstrationen Anfang 2024 gab es Diskussionen darüber, ob insbesondere Vertreterinnen und Vertreter der

rechtskonservativen Parteien willkommen seien, von CDU, der CSU oder den Freien Wählern. Auch an den Ampelparteien wurde wegen ihrer Asylpolitik Kritik laut. In München, wo allein an einem Tag im Januar 100.000 Menschen protestierten, schrieb eine der Demo-Organisatorinnen beim Kurznachrichtendienst X:

**Zitat:**

Aber was wollen CSU-Politiker:innen vor Ort? Als Versammlungsleiterin kann ich sagen, dass ich gar keinen Bock auf Rechte jeglicher Couleur habe.

**Sprecherin:**

Auch das Motto – „Gemeinsam gegen rechts“ – stieß einigen auf. Da protestiere er ja gegen sich selbst, schrieb ein Vertreter der CSU, ebenfalls auf X. In Albstadt stehen nach dem Anschlag auf die Turnhalle die gleichen Fragen im Raum. Der erste Versuch, ein Bündnis auf die Beine zu stellen, misslingt. Eigentlich sollten bei der „Initiative gegen Rechts“ alle dabei sein, von der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands bis zur örtlichen CDU, betont Nils Maute.

**O-Ton 12 Nils Maute:**

Unsere Idee war, dass wir uns alle unter einem Nenner vereinen können. Die Idee ist: Gegen rechts – und alle anderen Themen auszublenden. Das ist sehr schwierig, wenn die Themen immer wieder aufploppen. Von wie die Bundesregierung mit Flüchtlingen umgeht bis hin zu wie irgendwelchen Umverteilungskämpfen. Die ich verstehen kann, aber in diesem Kontext nichts verloren haben. Weil man blockiert sich, man verzettelt sich in Grundsatzfragen. Und da gibt's dann keinen Fortschritt.

**Sprecherin:**

Für Maute und Demmer hat das in dieser Konstellation nicht lange funktioniert. Die beiden und einige Mitstreiter zogen sich nach wenigen Monaten zurück. Sie engagieren sich aber weiter, jetzt vor allem mit Aufklärungsarbeit rund um das Thema Rechtsextremismus. Doch es bleibt ein Dilemma. Zwar wünschen sich viele ein möglichst breites pro-demokratisches Bündnis, auch um sich zu vergewissern: Wir sind immer noch mehr. Doch je breiter der Zusammenschluss, desto größer die inhaltlichen Konflikte. Die Soziologin Maria Diedrich forscht an der Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft in Ludwigshafen zur Beratungspraxis gegen Rechtsextremismus. Sie sagt: Diese Konflikte könnten für eine gewisse Zeit übertüncht werden. Zum Beispiel mit ganz grundlegenden Forderungen wie Demokratie oder Menschenwürde.

**O-Ton 13 Maria Diedrich, Soziologin:**

Das Interessante an diesen Begriffen ist nicht, dass sie so viel festlegen würden und dass alle dieselbe Idee teilen würden. Das Interessante und das, was diese Bündnisse möglich macht, ist, dass diese Begriffe eigentlich so diffus sind, dass sehr viele Leute sehr Unterschiedliches darunter verstehen können. Das wird oft auch über das Grundgesetz oder Die Würde des Menschen ist unantastbar über solche Konzepte gelöst. Um zu überbrücken, dass man nicht dieselbe Auffassung teilt, dass man aber einen Bezugspunkt finden kann, der unterschiedliche Auffassungen von Bedrohungen der Demokratie beherbergen kann, ohne dass man das aussprechen muss.

## **ATMO 03: Demo Mägerkingen**

### **Sprecherin:**

Auch in Mägerkingen auf der Schwäbischen Alb dominieren Schilder mit positiven Botschaften: Für das Grundgesetz, für die Demokratie, die Würde des Menschen. Der Begriff „AfD“ fällt dagegen kaum. Für etwas sein, das erleichtert den Zusammenschluss enorm, sagt Cord Dette. Der Sozialarbeiter ist Experte für Rechtsextremismus und berät mit seinen Kolleginnen und Kollegen vom Regionalen Demokratiezentrum „Albbündnis“ alle, die in der Region Fragen zum Thema haben. Auch die Organisatoren der Demonstration in Mägerkingen, die dann doch nicht ganz harmonisch verläuft.

### **O-Ton 14:**

„Nazis raus“-Rufe

### **Sprecherin:**

Cord Dette zieht die Augenbrauen hoch und lächelt etwas skeptisch, als am Nachmittag die klassischen Demo-Parolen erklingen. So etwas in der Art habe er erwartet, sagt er später. „Nazis“, damit seien zwar in erster Linie die AfD-Politiker in der Festhalle gemeint, die die Veranstaltung gegen Windkraft organisiert haben. Doch bei den Mägerkingern, die die Veranstaltung besuchen, löse so eine Bezeichnung eher Trotz als Nachdenklichkeit aus.

### **O-Ton 15 Cord Dette:**

Was da heute draus passiert, was da für Verwerfungen innerhalb unserer kleinen Gemeinde da drüben passiert, in Mägerkingen. Das kann ich noch gar nicht sagen. Das sind natürlich schon Dinge, die aufeinanderprallen heute Nachmittag.

### **Sprecherin:**

Vor der Halle: Menschen, die gegen Rechtsextremismus demonstrieren. In der Halle: Ihre Nachbarn, die Windkraft skeptisch sehen und sich im Zweifelsfall auch von der AfD vertreten lassen. Trennlinien sind, wie so oft in solchen Fällen, nur schwer zu ziehen. Deshalb gelte es, strategisch zu sein. Das betonen sowohl der Sozialarbeiter als auch die Psychologin Judith Mangelsdorf. Wo breite Bündnisse für Demokratie möglich sind, sollte man sie schmieden, sagt Cord Dette. Doch nicht alle politischen Differenzen lassen sich einfach mit einem Schlagwort wie Menschenwürde wegwischen – die Grenzen müssen immer neu ausgehandelt werden. Vielen fällt dieses strategische Vorgehen schwer. Kompromisse beim Thema Rechtsextremismus mögen eine demokratische Übung sein, inhaltlich sind sie oft schmerzhaft. Denn was genau heißt „rechts“ oder „rechtsextrem“? Weder „die Bürgerschaft“ noch die vermeintlichen politischen Ränder sind klar definiert. Das zeigen auch die jährlichen sogenannten Mitte-Studien der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Demnach sind antidemokratische und rechtsextreme Einstellungen bis weit in die so oft beschworene gesellschaftliche Mitte verankert. Und Zivilgesellschaft sei keineswegs immer demokratisch, sagt Politikwissenschaftler Matthias Freise.

**O-Ton 16 Matthias Freise:**

Das erleben wir ja auch aktuell. Also wir erleben ja vielerorts in Deutschland, dass es auch zivilgesellschaftliche Organisationen gibt, die nicht mehr auf dem demokratischen Boden stehen.

**Sprecherin:**

Und die üben massiven Druck aus, vor allem dort, wo die Rechtsextremen im öffentlichen Raum bestimmen. Das bekommen Menschen, die sich dagegen engagieren, zu spüren, ganz besonders im Netz. Das beobachtet die Gründerin der Organisation HateAid, Anna-Lena von Hodenberg.

**O-Ton 17 Anna-Lena von Hodenberg, HateAid:**

Das sehen wir viel, viel verstärkter in den letzten Jahren. Die Anlässe sind oftmals wenn sie Demonstrationen organisieren und das eben im Netz veröffentlichen, wenn sie Haltung zeigen gegen rassistische Parolen in Chats oder eben auch öffentlich, dann sehen wir, dass sie massiv attackiert werden und eben auch organisiert attackiert werden. Und was dabei wichtig ist, dass das kein Zufall ist, sondern sehr strategisch diese zivilgesellschaftlichen Organisationen in ihrem Engagement angegangen werden, um sie aus dem Diskurs herauszudrängen und mundtot zu machen. Und das funktioniert zum Teil wirklich sehr gut.

**Sprecherin:**

Solche Einschüchterung funktioniert auch offline. Initiativen in einigen Regionen in Thüringen oder Sachsen, aber längst nicht nur in Ostdeutschland, berichten seit Jahren von regelmäßigen verbalen und sogar körperlichen Attacken. Unter solchen Bedingungen kommt zivilgesellschaftliches Engagement an seine Grenzen, sagt Sozialarbeiter und Rechtsextremismus-Experte Cord Dette.

**O-Ton 18 Cord Dette:**

Und ich glaube, dass ist auch ein sehr klares Kalkül, dass mit Gruppen sympathisiert wird, von neurechten Parteien, die eben im Zweifelsfall, man nicht weiß, ob die nur bei Worten bleiben.

**Sprecherin:**

Wer sichtbar ist, wird möglicherweise auch zur Zielscheibe. Diese Sorge hatte auch Peter Demmer, als er mit einer kleinen Gruppe gegen eine Anti-Asyl-Demo in Albstadt auf die Straße geht. Auch wenn er ihre politischen Anliegen nicht unbedingt teilt: Im Nachhinein ist Demmer froh, dass er Unterstützung von der radikalen Linken bekommen hat.

**O-Ton 19 Peter Demmer, Demonstrant:**

Es war ein relativ großer Aufmarsch und wir standen da und haben uns dagegen gestellt mit ein paar schönen Transparenten und es war alles toll. Aber wir waren halt wenige, wir waren fünfzig Leute und da drüben standen halt um die fünfhundert. Und auf einmal kam der Offene Treff in Tübingen, das ist quasi die Antifa in Tübingen. Die kamen mit ihren großen Transparenten, sehr laut mit vielen Pfeifen, total schwarz verummt und haben sich in vorderste Reihe gestellt. Das war toll, das war großartig und das muss auch so sein. Man muss auch körperlich zeigen,

das ist ein Punkt, an dem es nicht weitergeht. Aber man muss darauf achten, dass es nicht das einzige ist.

**Sprecherin:**

Zu wenige Aktive, zu viel Druck oder sogar Gewalt: Wer sich unter solchen Bedingungen engagiert, der braucht institutionelle Unterstützung. Die gibt es in Form von Beratungsstellen wie dem Albbündnis, für das Cord Dette arbeitet. Das Geld dafür kommt meist vom Staat. Und der lässt sich eine lebendige Zivilgesellschaft und das Engagement für die Demokratie durchaus etwas kosten: Steuervorteile für Vereine, Pauschalen für Ehrenamtliche und natürlich Fördermittel. Den deutschlandweit wichtigsten Topf verwaltet das Bundesfamilienministerium mit seinem Programm „Demokratie leben!“. Gefördert werden sollen laut aktueller Ausschreibung „Demokratisches Engagement“ und „Sensibilisierung für demokratie- und rechtsstaatsfeindliche Phänomene“. Dafür gab es rund 180 Millionen allein im Jahr 2023. Rund 140 Modellprojekte zur Stärkung der Demokratie, dazu Kompetenzzentren, Forschungsprojekte und vieles mehr fördert der Bund seit 2015. Ein Grundproblem aber teilen praktisch alle: Ausfinanzierte, gesicherte Stellen gibt es kaum. Das erschwere insbesondere die Arbeit der Beratungsstellen, berichtet Dominik Schumacher vom Bundesverband der Mobilen Beratung. Der Verband vertritt die rund 50 lokal arbeitenden Teams, die seit Jahrzehnten zu Rechtsextremismus beraten. In der Regel erhalten sie Projektmittel aus dem Bundes- oder Landeshaushalt.

**O-Ton 20 Dominik Schumacher, Bundesverband der Mobilen Beratung:**

Unsere Stellen existieren immer nur in einem Zeitraum von im Schnitt einem bis drei Jahren. Das heißt ein großer Teil der Kollegen weiß im Dezember nicht, ob sie im Januar noch einen Job haben. Und das ist auch die Perspektive der Beratungsnehmenden. Ich werde zwar von der Frau Sowieso seit drei Jahren beraten, ich weiß aber nicht, ob die im nächsten Monat noch da ist. Und Beratungsarbeit ist Vertrauensarbeit, das braucht Kontinuität.

**Sprecherin:**

Das ist, neben der Schwierigkeit, tragfähige Bündnisse zu schmieden, die zweite große Hürde für nachhaltiges zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus: Die Finanzierung über staatliche Mittel ist kurzfristig, kaum planbar und mit hohen bürokratischen Hürden verbunden. Förderzeiträume von wenigen Monaten sind keine Seltenheit, auch gut funktionierende Projekte müssen ständig ‚innovativ‘ sein, neue Ansätze präsentieren, um die erneute Förderung zu begründen. Dominik Schumachers Kollegin Nicole Rosendahl beobachtet seit Jahren eine problematische Entwicklung.

**O-Ton 21 Nicole Rosendahl, Bundesverband der Mobilen Beratung:**

Es ist ja schon so, dass die Tendenz so ist, dass es rückläufig ist. Also man geht weg von einer strukturellen Förderung, egal welcher Arbeit, und ganz vieles wird in solche Projektgeschichten geschoben. Das hat vermutlich vor allem haushalterische Gründe, aber es ist halt für die Arbeit überall total kontraproduktiv. Letzten Endes brauche ich verlässliche Strukturen, ob das in der Jugendarbeit ist, in der Gemeinwesenarbeit oder in der Demokratieförderung. Und nicht immer diese Projektförderung, die ja immer auch impliziert: Naja wir wollen eigentlich vorgeben, sehr genau und ins Detail, was ihr da macht. Anstatt dass wir langfristig eure

Strukturen fördern und langfristig das Vertrauen auch da reinsetzen, dass ihr wisst was ihr braucht und was eure Klientinnen und Jugendlichen brauchen.

**Sprecherin:**

Dabei ist diese Erkenntnis spätestens seit 2013 sogar im Bundestag angekommen. Der zweite parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Terrorserie des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds NSU hat damals genau das empfohlen, was Rosendahl fordert: Zivilgesellschaftliches Engagement solle mit einem Bundesgesetz verstetigt werden, hieß es im Abschlussbericht. Mehr als zehn Jahre später gibt es dieses bundesweite Demokratiefördergesetz immer noch nicht. Dominik Schumacher entfährt bei dem Stichwort ein trockenes Lachen.

**O-Ton 22 Dominik Schumacher:**

Ja, natürlich ist das erstmal eine ermüdete Reaktion. Es ist so, dass die mobile Beratung seit 20 Jahren dafür Werbung macht. Und gemessen daran sind wir da so nah dran wie noch nie. Nichtsdestotrotz sind die letzten Jahre gekennzeichnet gewesen, so: Jetzt kommt's, ah ne, doch nicht. Jetzt kommt's, aber mit der Extremismusklausel, aber kaum verwendbar. Und so weiter und so weiter.

**Sprecherin:**

Und immer weiter: Auch der 2022 eingebrachte Gesetzes-Entwurf von Bundesinnenministerin Nancy Faeser und Familienministerin Lisa Paus liegt auf Eis, blockiert vom Koalitionspartner FDP und der CDU/CSU. Es gibt viele Stolpersteine: Die CDU sieht zum Beispiel die Unabhängigkeit der Zivilgesellschaft untergraben, wenn sie dauerhafte staatliche Mittel erhält. Wie viel Einfluss darf oder soll der Staat auf die Organisation der Zivilgesellschaft nehmen – auch wenn die sich dafür einsetzt, die Demokratie zu schützen? Am heftigsten dreht sich die Diskussion aber immer noch oder immer wieder um die sogenannte Extremismusklausel. Nach der sollen Gelder nur vergeben werden, wenn sich die Geförderten schriftlich zur Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung bekennen, das fordert beispielsweise der CDU-Abgeordnete Christoph de Vries 2023 im Bundestag.

**O-Ton 23 Christoph de Vries, CDU:**

Wir wollen mit einer Extremismusklausel ausschließen, dass staatliche Fördermittel in die Hände von Extremisten und Verfassungsfeinden gelangen. Denn sonst fördern wir nicht die Demokratie, sondern wir beschädigen sie.

**Sprecherin:**

Als Generalverdacht und bürokratische Schikane empfinden das hingegen diejenigen, die seit Jahren zivilgesellschaftliches Engagement unterstützen. Darunter die Arbeiterwohlfahrt, der Bundesjugendring und auch Dominik Schumacher vom Bundesverband Mobile Beratung.

**O-Ton 24 Dominik Schumacher:**

Das wissen wir natürlich schon, dass manche Debatten im Bundestag so geführt werden. Dass gesagt wird: Naja, aber gegen Rechtsextremismus, da müssen wir immer genau aufpassen. Das sind doch oft Linksextreme, die das machen. Und da müssen wir genau hingucken, dass die nicht in solchen geförderten Strukturen sind. Und es ist dieses Misstrauen, was unsere Arbeit, aber noch in viel größerer Anzahl die der Initiativen vor Ort massiv erschwert. Weil es ist ein großer Unterschied, ob

die Bürgermeisterin in der Kleinstadt auf misstrauische Distanz geht oder ihre Räumlichkeiten zur Verfügung stellt, um eine Demokratiekonferenz durchzuführen.

**Sprecherin:**

Dabei gibt es mittlerweile viele Erfahrungswerte, wie staatliche Mittel im Kampf gegen Rechtsextremismus sinnvoll eingesetzt werden können. Das war in der Vergangenheit keineswegs immer so, weiß Thorsten Hahnel. Seit mehr als zwanzig Jahren arbeitet er bei der Arbeitsstelle Rechtsextremismus im Verein Miteinander in Halle und engagiert sich im Bündnis Halle gegen Rechts. Hahnel, der die rechtsextreme Gewaltexplosion in den Neunzigerjahren miterlebt hat, kritisiert die Reaktion des Staates scharf.

**O-Ton 25 Thorsten Hahnel, Halle gegen Rechts:**

Es gab einfach massive Fehler. Zum Beispiel gibt es immer noch Videos und Zeitungsartikel von Angela Merkel, die nach dem Pogrom, von Rostock 1992, einige Wochen danach, eine Tour durch solche Jugendclubs im Osten gemacht hat und überall mit rechtsextremen Akteuren gesprochen hat. Die Idee dahinter ist eigentlich nicht falsch, zu sagen, man muss mit Menschen reden. Das Problem ist, dass der politische Hintergrund komplett ausgeblendet wurde und auch die ideologische Gefahr, die in diesem Rassismus, dieser brachialen Gewalt gesteckt hat, negiert wurde.

**Sprecherin:**

Das Umfeld, in dem auch der sogenannte Nationalsozialistische Untergrund entsteht. Zeitgleich entwickelt sich in Ostdeutschland aber auch eine zivile Gegenperspektive zu dieser Form der staatlichen Extremismusbekämpfung: Nicht die Täter sollen im Fokus stehen.

**O-Ton 26 Thorsten Hahnel:**

Ne wichtige Veränderung, die um die Jahrtausendwende angefangen hat, war zu sagen: Wir brauchen die zivilgesellschaftliche Perspektive. Die Auseinandersetzung mit extrem rechten Strukturen und die Stärkung von Demokratie kann nicht ausschließlich eine administrative Sache sein. Das können nicht nur die Polizei und die Bildungseinrichtungen leisten, es braucht dazu mehr.

**Sprecherin:**

Dieses „mehr“ nimmt die Mobile Beratung in den Blick. Nicht-staatlich, unabhängig und lokal vernetzt. Bundesweit gibt es Anlaufstellen, die „diejenigen stärken, die sich gegen Rechts engagieren“, wie es im Selbstverständnis heißt. 1992 entsteht in Brandenburg das erste Team, 2003 in Hessen das erste in Westdeutschland. Rund fünfzig Beratungsteams gibt es mittlerweile in allen Bundesländern allein unter dem Dach des Bundesverbands. Ein ostdeutscher Exporterfolg.

Eigentlich sei doch längst klar, was eine demokratische Zivilgesellschaft braucht, um gegen Rechtsextremismus aktiv zu werden, fasst Cord Dette vom Altbündnis für Menschenrechte es zusammen: Langfristige Förderung zum Beispiel, unabhängig von politischen Mehrheiten. Unbürokratische Unterstützung vor Ort. Und die Bereitschaft, politische Teilhabe tatsächlich umzusetzen. Den Satz von der Stärkung der demokratischen Akteure, den müsse man einfach nur ernst nehmen:

**O-Ton 27 Cord Dette:**

Ja, da bin ich zu 100 Prozent dabei. Auf jeden Fall. Und wir müssen auch aufhören zu sagen: Ah, wir müssen erstmal schauen, ob es funktioniert. Ne, nix.

**Abspann:**

Das Wissen (mit Soundbett)

**Sprecher:**

Was hilft gegen Rechtsextremismus? – Wie Zivilgesellschaft funktioniert. Von Pia Masuczak. Sprecherin: Isabelle Demey. Redaktion und Produktion: Martin Gramlich.

Abbinder